

Stichtags 55 Pfl., monatlich 2 50 Pfl. (Donnerstag 95 Pfl. monatlich für Zustellung ins Haus) im Voraus zahlbar. Postbezug 4,25 Pfl., einschließlich 60 Pfl. Postzeitungs- und 72 Pfl. Postbestellungsühren. Auslandsabonnement 8,- Pfl. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Postzuschuss 6,- Pfl.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal. Die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Die einseitig. Kompartiments 40 Pfl. Pflanzensache 3.- Pfl. „Kleine Anzeigen“ das selbstgedruckte Wort 20 Pfl. (Gültig mit selbstgedruckten Worten), jedes weitere Wort 12 Pfl. Nachst. in Zust. Exklusivgabe das erste Wort 15 Pfl. jedes weitere Wort 10 Pfl. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Weihnachtsmarkt Seite 60 Pfl. Familienanzeigen Seite 40 Pfl. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 9/2 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3 Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Post der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, St. u. u. Dtsch.-Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

## Neue Brotteuerung?

### Die Bäcker wollen sie — und wo bleibt die Reichsregierung?

Die andauernde Steigerung des Roggenpreises an der Berliner Börse, der der Reichsernährungsminister völlig untätig zuseht, hat die Mehlpreise auf 29 Mark je Doppelzentner steigen lassen. Die Berliner Bäcker, die ihren Brotpreis von 50 Pf. auf einen Mehlpreis von 27 Mark kalkuliert haben, haben gestern nachmittags beschlossen, eine Deputation an Schleie zu schicken, um ihm die Notwendigkeit einer Erhöhung der Brotpreise auf 52 bzw. 53 Pf. mitzuteilen. Gleichzeitig wollen die Bäcker ihn fragen, ob er etwas unternehmen will, um den Mehlpreis zu senken, damit die nach Ansicht der Bäcker notwendige Brotpreisenerhöhung nicht zu erfolgen braucht.

Da die Erfahrung lehrt, daß die Verhandlungen Schiefes mit den Bäckern fließ wie das Hornberger Schießen auslaufen, ist eine neuerliche Brotteuerung möglich.

Nicht nur, daß eine Verteuerung des Brotes völlig untragbar

für die breiten Massen wäre, muß wiederum darauf hingewiesen werden, daß die gesetzlich festgelegte Brotpreisklausel ein Steigen der Brotpreise verbietet. Wir haben erst vorgestern auf die außerordentlich knappe Getreidenerzeugung Deutschlands hingewiesen und eine Erleichterung der Getreideeinfuhr verlangt. Diese Forderung erhält jetzt durch die drohende Erhöhung der Brotpreise höchste Aktualität.

Die Reichsregierung würde leichtfertig handeln, wenn sie nicht sofort Maßnahmen ergriffe, um die Verteuerung des Brotes zu unterbinden.

Es muß ein Ende haben mit der Politik, die nur Maßnahmen zur Hochhaltung der Agrarpreise ergreift, aber niemals eine Preisregulierung nach unten, selbst wenn sie gesetzlich vorgeschrieben ist, vornehmen will. Eine neue Brotpreisenerhöhung ist ausgeschlossen. Die Reichsregierung muß eine Revision der Getreidepolitik vornehmen, durch die die Mehlpreise gesenkt werden.

## Japans Raubzug.

### Neue chinesische Anklagen in Genf.

Genf, 4. November. (Eigenbericht.)

Die chinesische Regierung stellt in einer Note an den Völkerbund fest, daß seit der Verlegung des Rates in dem Konflikt in der Mandschurei nicht nur nichts geschehen sei, sondern daß die japanische Armee die Besitzergreifung der Südmandschurei ausdehne und sie entschlossen verstärke. Ja, sie unternahme sogar Versuche, in die Nordmandschurei einzudringen, die in Moskau Beforgnis hervorrief. Von der Ausführung des seit über einem Monat dem Rat wiederholt versprochenen Beglams der Räumung sei keine Rede. Japan habe die Erneuerung von Unterhändlern für die Verhandlungen der Räumungsmodalitäten abgelehnt und beharre auf dem Abschluß eines Vertrages über grundlegende Prinzipien als Vorbedingung für die Räumung. Diese Haltung stelle eine Verletzung des Artikels 10 des Völkerbundsstatuts und des Artikels 2 des Kellogg-Poffes dar. Chinas Regierung wiederholt, daß sie fest entschlossen sei, niemals und unter keiner Bedingung unter dem Druck der militärischen Befehle zu verhandeln.

In einem ausführlichen Memorandum werden die Angaben der Note durch Tatsachenberichte aus der Mandschurei ergänzt. Die chinesische Regierung hatte ein Komitee unter der Führung von Wellington Koo ernannt und Japan aufgefordert, das gleiche zu tun für Verhandlungen über die Räumungs- und Sicherheitsabmachungen laut Ratsbeschlüssen vom 22. Oktober. Lotia habe geantwortet, diese Entschliessung sei nicht in Kraft. Man erwarte vielmehr von China seine Einwilligung in direkte Verhandlungen über die grundlegenden Prinzipien einer Wieder-aufnahme der normalen Beziehungen und den Rückzug der Truppen. General Honjo lasse jetzt die Erträge aus den Steuern auf die mandschurischen Salzbergwerke in Höhe von 24 Millionen Dollar pro Jahr an die von den Japanern eingeführte Regierung in Mukden abführen. Die Erträge der Salzbergwerke von Niutschang seien bis zur Höhe von 700 000 Dollar von japanischen Truppen beschlagnahmt worden, gleichfalls für sogenannte Behörden unter japanischem Schutz. Alle diese Einnahmen seien aber verpfändet für den Tilgungsdienst ausländischer Anleihen. Ihre Beschlagnahme verleihe die internationalen Verträge. In Mukden seien alle Banken und Handelshäuser unter japanischer Kontrolle,

ebenso das gesamte öffentliche Leben der Stadt. In 600 Kisten seien 1 200 000 Dollar einkassiert und nach Japan geschafft worden. Die chinesische Bahn Mukden-Hailun sei im Besitz der Japaner, die sie für eigene Rechnung ausbeuten. Endlich wurden durch Zwangsarbeit große Verladerrampen für japanische Truppen an der Bahn Mukden-Peking gebaut.

Das Memorandum schließt mit einer detaillierten Schilderung der Unterstützung aller sogenannten Unabhängigkeitsbestrebungen durch die japanischen Truppen und zahllose Unterdrückungs- und Einschüchterungsmaßnahmen gegen die wehrlose Bevölkerung.

### Briand ermahnt Japan.

Genf, 4. November. (Eigenbericht.)

Der Präsident des Völkerbunds, Briand, hat auf die japanische Erklärung gegen die letzten Entschliessungen des Völkerbunds zum Konflikt in der Mandschurei mit der Erinnerung geantwortet, daß die am 30. September einstimmig angenommene Ratsentschliessung juristisch in Kraft sei und ihre Durchführung erheische.

Briand erinnert Punkt für Punkt an die Übereinstimmung zwischen den in der Erklärung vom 28. Oktober geforderten prinzipiellen Fragen und den gleichen Forderungen im ersten Teil der letzten Ratsentschliessung, gegen den die Japaner nichts einzuwenden hatten. Zum fünften prinzipiellen Punkt der japanischen Erklärung, der von China die Wahrung der Japan vertraglich eingeräumten Rechte in der Mandschurei verlangt, erinnert Briand an Chinas Bereitwilligkeit, alle Differenzen durch schiedsgerichtliche oder juristische Lösung zu regeln. Damit sei von China auch der letzte Punkt der japanischen Erklärung ausreichend gesichert. Unter diesen Bedingungen hoffe es Briand bestimmt, daß die japanische Regierung gemäß ihrer am 30. September feierlich übernommenen und in den drei Ratsitzungen am 22., 23. und 24. Oktober wiederholten Verpflichtung, „so schnell als möglich die Zurückziehung der Truppen in die Eisenbahnzone erfolgen und diese Absicht in kürzester Frist völlig durchzuführen“ werde. Schließlich erinnert Briand nochmals an die Empfehlung des Rates zur Bildung einer gemischten Kommission für die Regelung der Räumung und die Übernahme der besetzten Gebiete.

## Reichsgericht gegen Klagges.

Befähigt die Aufhebung des Verbots des „Volksfreund“.

Leipzig, 4. November.

In nichtöffentlicher Sitzung hat am Mittwochnachmittag der 4. Strafsenat des Reichsgerichts die vom Reichsinnenminister angeordnete Verklärung des Verbots der Braunschweiger sozialdemokratischen Zeitung „Der Volksfreund“ auf zehn Tage als gerechtfertigt erklärt. Durch diesen Beschluß ist der Einspruch des braunschweigischen Innenministers Klagges gegen die von Groener verhängte Begrenzung des Verbots zurückgewiesen worden.

Die Wiener Polizei hat eine kommunistische Beteiligte zur Erzeugung falscher Pässe und Dokumente aufgeleitet und einige Personen, darunter den Reichsdeutschen 2352 Klase verhaftet.

## Aufräumungsarbeit in Thüringen.

Die Verfolgung der Nazi-Polizeibeamten aus Weimar.

Weimar, 4. November.

Im thüringer Landtag wurde am Mittwoch eine Entschliessung der Nationalsozialisten abgelehnt, nach der der Landtag gegen die Verfolgung der beiden nationalsozialistischen Weimarer Polizeidirektoren Protest erheben und dem dafür verantwortlichen Minister Dr. Kästner scharfste Mißbilligung aussprechen sollte. Die Ablehnung erfolgte mit den Stimmen der Regierungsparteien, der SPD und der Deutschen Staatspartei, gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Deutschenationalen bei Stimmhaltung der Kommunisten.

Leidste Besserung im Befinden des Genossen Bartels. In dem Befinden des schwer erkrankten Genossen Friedrich Bartels ist erfreulicherweise eine leichte Besserung eingetreten. Der Zustand des Patienten wird jedoch noch immer als ernst bezeichnet.

## Wahltag in Argentinien.

Der schicksalsschwere 8. November.

L. G. Buenos Aires, Mitte Oktober.

Der Diktator General Uriburu hat die Neuwahl des Zentralparlamentes, des Staatspräsidenten, seines Stellvertreters und der Provinzial-Parlamente und Gouverneure auf den 8. November ausgeschrieben. Vorher mußten aber die Parteien Bedingungen annehmen, denen sie nur zugestimmt haben, um überhaupt wieder zum verfassungsmäßigen Zustand zurückzukehren. So wird die Aprilwahl im Staat Buenos Aires kassiert, die gegen die Diktatur ausgefallen ist.

Die Wahlauschreibung selbst hat Uriburu immer wieder hinausgeschoben, im Gegensatz zu seinen früheren Versprechungen. Zwiischendurch versuchten die nach sechzehnjähriger Ausschaltung wieder zur Macht gelangten Konventionen ultrareaktionäre Hufarenritte auf allen Gebieten des staatlichen Lebens. Verfassung und Wahlrecht sollten zurückreformiert, das Parlament in eine Ständeverammlung umgewandelt werden usw. Da diese Pläne vom Volke einmütig abgelehnt wurden, inaugurierte Uriburu die Periode des positiven Wiederaufbaus mit schmerzenden Neden in den Ministertariffen, wobei die „heiligsten Prinzipien der Demokratie“ verkündet wurden. Bevor gewähnt werde, müsse der Augiasstall gereinigt, der Staat wieder auf eine solide finanzielle Grundlage gestellt werden. Und so wurden Tausende staatliche Angestellte entlassen, den anderen das Gehalt um 2 bis 28 Proz. gekürzt, die Postgebühren verdoppelt, die brasilianische Verbo-(Mat.)Einfuhr einer Handvoll konservativer Besitzer riesiger Verpatsungungen verboten, die Einfuhrzölle auf Hunderte Bedarfsartikel bedeutend erhöht; die Ausgaben für öffentliche Arbeiten von 174 Millionen auf 100 Millionen Pesos verringert. Das Ergebnis war eine Verminderung der allgemeinen Verwaltungskosten um 18,43 Proz., der staatlichen Subsidien um 24,02 Proz., der Heeresausgaben um 77,84 Proz. (von 30,7 auf 6,8 Millionen) und der Ausgaben für staatliche Bauten um 42,58 Proz.! Statt der verheißenen annähernd 400 Millionen sind rund 200 Millionen erspart worden, aber dafür wurde die Zahl der Beschäftigungslosen beträchtlich erhöht und die wirtschaftliche Lage zehntausender, denen Lohn und Gehalt gekürzt wurden, wesentlich verschlechtert. Schließlich hatte der Finanzminister Uriburu, ein Bruder des Diktators, angefündigt, das Jahr werde mit einem Defizit enden, das trotz der gewaltigen, ohne gesetzliche Grundlage dekretierten Steuererhöhungen „mindestens 98 Millionen Pesos übersteigen werde.

Auch die W ä h r u n g ist durch die Verminderung der Einfuhr der Sanierung nicht näher gebracht worden, vielmehr davon augenblicklich weiter entfernt als je zuvor! Während der Pesos vor dem Sturze des Präsidenten Irigoyen und seines heillosen korruptierten Verwaltungssystems etwa 3,10 Dollars notierte, hat der Kurs jetzt den alarmierenden Stand von 4,40 erreicht! Die am 1. Oktober in New York fällig gewesene Schuld von 50 Millionen Dollars ist mit dem Gold aus der Konversionstaffe getilgt worden. Um die Defizits der Regierung auszugleichen, aber nicht um die Bedürfnisse des Handels zu befriedigen, wurde Papiergeldwirtschaft betrieben. Durch jede neue Zahlung der Banken an die Regierung wird der Geldumlauf infiziert. Nun hat die Regierung, um die Spekulation auszuschalten, die Zentralisierung des Devisenhandels und die Ausfuhr nur gegen Devisen dekretiert. Die Kontrolle des Devisenverkehrs hat unmittelbar zu einer Erholung der argentinischen Titel auf dem New-Yorker Markt sowie zu einem momentanen Steigen der argentinischen Getreidepreise geführt, allein die Pesoenwertung geht weiter. So bietet die Republik am Vorabend der allgemeinen Wahlen das Bild einer beängstigenden wirtschaftlichen und politischen Lage, die sich bis zum Wahltag leicht katastrophal gestalten kann. Die Produktions- und Handelstrife, der Währungsverfall, das feste Steigen der Preise für Lebensmittel, Bedarfsartikel, Mieten usw., bei weiteren Lohn- und Gehaltsenkungen, die vielfach schon 50 Proz. erreicht haben, der Arbeiter- und Beamtenabbau auch in der Landwirtschaft und die Einstellung der Bautätigkeit haben zu einer Verschärfung der sozialen Spannungen geführt. Dazu kommt noch die politische Gereiztheit aller Parteien, die den Wahlkampf unter dem Belagerungs-zustand führen müssen und auch sonst von der provisorischen Regierung und ihren Bevollmächtigten in den Provinzen durch zahlreiche Schikanen behindert sind. Die Befürchtungen, daß es noch vor dem Wahltag zu ersten Ereignissen kommen wird, ist allgemein, und sie wird noch durch die Wahrscheinlichkeit gestärkt, daß die größte Partei des Landes, eben die im September vorigen Jahres aus der Macht vertriebene Radikale Partei, den Wahlen überhaupt fernbleiben wird.

Von ihr hat die Regierung die Garantie gefordert, daß ihre Kandidaten in keinerlei Beziehungen zu dem gestürzten Regime stehen dürften! Als ob man einer Partei, die vor drei Jahren zwei Drittel aller Stimmen bekam, im Handumdrehen und auf Befehl eines Diktators neue Führer geben könnte, die dem Diktator genehm wären! Diese Forderung konnte



Eine historische Abbruchstelle

Es mutet eigenartig an, im Zentrum einer Weltstadt wie Berlin einen offenen Abbruchplatz zu sehen...



„Hinter der Stralauer Straße“ an der Spree

Bubenhände am Werk.

Eines der schönsten Baumwerke Berlins, der Märchenbrunnen am Friedrichshain, ist in der Nacht zum Mittwoch von Bubenhänden schwer demoliert worden...

Oberstaatsanwalt schreibt einen Roman

Der Oberstaatsanwalt in Heilbronn, Elwert, hat einen Roman geschrieben: „Rechtilde“. Der Held dieses Romans ist der Staatsanwalt Hagedorn...

Kaplan als Kinderverführer.

Während dem dringenden Verdacht, fortgesetzt unzüchtige Handlungen an Kindern vorgenommen zu haben, die ihm als Erzieher anvertraut waren, wurde der Kaplan des Johannes-Kliffs in Weihenstephan festgenommen...

Sommerliches Novemberwetter.

Unter dem Einfluß eines verbreiteten Hochdruckgebietes, das sich über Südost- und Südeuropa erstreckt, ist seit Dienstag im ganzen Reich sommerliches Wetter eingetreten...

Opernabend im Stadthaus Wilmersdorf. Am Donnerstag, 5. November, 20 Uhr, findet im Festsaal des Stadthauses Wilmersdorf, Kaiserallee 1-12, der 2. Städtische Kunstabend ein Opernabend statt...

Verhaftung des Kaplans nicht begnügen können. Es sind bei dem traurigen Vorkommnis noch verschiedene Punkte, die dringend der Aufklärung bedürfen...

Getränksteuer bleibi.

Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, dem Ersuchen der Stadtorordnetenversammlung auf Aufhebung der Getränkesteuer nicht beizutreten...

Advertisement for 'Familie Loriot' by Gise Mühs. The text describes a story of a family and includes a small illustration of a woman and a child. The text says: 'Das sind die Tage, an denen der Vater lacht und scherzt, an denen er die beiden Kinder auf den Schoß nimmt...'.

and Hnazinthen, Papageitelpen und Krokus, Anemonen und Narzissen. Berauschend ist der Duft, betäubend die milde, weiche Luft, die sich mit dem herben Erdgeruch der sprichenden, drängenden, keimenden Erde vermischt...

reizten, tief verletzten Klang. „Du solltest dich wirklich schämen, mir so etwas zu sagen, mir, die ich — das darf ich mit ruhigem Gewissen sagen — so selbstlos an deiner Seite gewesen bin, wie es keine andere Frau vermocht hätte. Doch du mich jetzt an diese Stunde erinnerst, an diese Zeit, in der ich selbst dem Tode nahe war —“ Sie bricht ab und meint leise: Germaine zittert am ganzen Körper...



# Wenn Bögler richtig Bilanz macht..

Der größere Teil des Stahlvereinkapitals wäre als verloren anzusehen.

Wir lesen in einer westdeutschen Zeitung, daß die Aktien der Vereinigten Stahlwerke von Bank zu Bank um 10 Prozent herum gehandelt werden. Am 24. November ist Aufsichtsrats-sitzung des Stahlvereins, in der die Bilanz für 1930/31 festgestellt ist.

Der finanzielle Zusammenbruch des Großaktionärs Flick der Vereinigten Stahlwerke ist bei Eingeweihten eine kaum mehr umstrittene Tatsache. Die Lage des Unternehmens selbst wird dagegen nur selten ernst genug beurteilt. Vielmehr finden sich für die Leistungen seiner Leiter noch immer willige, wenn auch kaum unabhängige Lobpreisler. Dem Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung gehört wieder Herr Bögler an, das erste Vorstandsmitglied des Stahlvereins.

Aufführung darüber ist heute einfach notwendig, wie die Stahlvereinsbilanz für 1930/31 aussehen müßte, wenn sie nach kaufmännischen Grundfätzen aufgemacht würde.

Der Umsatz des Unternehmens, der im Jahre 1929/30 rund 1260 Mill. M. betrug, belief sich 1930/31 auf rund 840 Mill. M. Bei dem Vorjahresumsatz von 1260 Mill. war ein Bruttoüberschuf von rund 260 Mill. erzielt worden. Von den im einzelnen nicht angegebenen Betriebskosten von rund 1 Milliarde Mark entfielen 473 Mill. M. auf Löhne und Gehälter, der Rest auf die übrigen Betriebskosten. Bei optimistischer Schätzung wird man für das abgelaufene Geschäftsjahr mit einem Rückgang der gesamten Betriebskosten, einschließlich Löhne und Gehälter, auf etwa 75 Proz. des für 1929/30 festgestellten Betrags rechnen können. Dabei nehmen wir an, daß infolge des Belegschaftsabbau und der Verringerung Lohn- und Gehaltskosten um etwa ein Drittel, die übrigen Betriebskosten dagegen um etwa ein Fünftel zurückgegangen sind.

Demnach wäre der Bruttoüberschuf für 1930/31 auf rund 90 Mill. M. zu schätzen, also wenig über ein Drittel des für 1929/30 erzielten Bruttoüberschusses. Hieraus dürften für Anteilsbesitzer, Steuern und sonstige Aufwendungen rund 130 Mill. zu zahlen gewesen sein. Dann müßten mindestens — wie im Vorjahr — 80 Millionen Abschreibungen angefohrt werden; im Vorjahr war es schon nur deshalb nicht mehr, weil man 4 Proz. Dividende ausweisen wollte.

Der Verlust für 1930/31 würde dann etwa 120 Millionen Mark betragen.

Diese Berechnung entspricht mindestens den Entwicklungstendenzen, sie kann nur in Einzelheiten korrigiert werden. Wenn nun

der Stahlverein eine ehrliche Sanierungsbilanz aufmachen würde, so wären noch andere Posten zu berücksichtigen, die die Verluste außerordentlich erhöhen würden.

Zu den Betriebserlusten von 1930/31 tritt hinzu der große Konjunkturverlust aus den schwedischen Erzverträgen. Bei korrekter Bilanzstellung würde er jetzt zurückzustellen sein. Dieser Verlust ist — vorsichtig — mit rund 15 Mill. Mark jährlich, also insgesamt mit etwa 150 Millionen anzunehmen.

Die verfehlte Expansionspolitik hat weitere Verluste gebracht. Noch bei den großen Quotenkäufem Anfang 1930 wurden rund 30 Millionen Mark in nahezu wertlosen Beteiligungen angelegt; bis in das abgelaufene Geschäftsjahr hinein erfolgten noch Anlagenerweiterungen. Seit der Gründung des Stahlvereins sind nicht weniger als rund 400 Mill. M. investiert worden. Allein schon durch den Rückgang der Baukosten dürften die Wiederbeschaffungswerte um mindestens 30 Proz. unter den tatsächlichen Anlagelosien liegen. Auch in besten Zeiten erscheint eine volle Ausnutzung ausgeschlossen. Auf diese 400 Mill. wären rund 150 Mill. abzuschreiben.

Für eine Sanierungsbilanz wären also von den 880 Millionen Aktienkapital und Reserven des Stahlvereins rund 500 Millionen durch den Betriebserlust und die verfehlten kaufmännischen Dispositionen der letzten 5 Jahre als verloren anzusehen.

Dabei ist nicht berücksichtigt die Ueberbewertung der Beteiligungen (rund 300 Mill.). Ferner ist die Tatsache der von der Gründung an bestehenden Ueberkapitalisierung nicht berücksichtigt. Dr. Bögler hat selbst vor dem Enqueteausschuf festgestellt, daß der Sinn der Stahlvereinsgründung von 1926 war, Kapitalzusammenschaltungen bei den Gröndergesellschaften zu vermeiden. Auch hier bestünde ein Abschreibungsbedürfnis; das nur seit 1926 verschleppt wurde. Vorsichtig gerechnet, wäre von den 880 Millionen Kapital und Reserven des Stahlvereins nur ein knappes Viertel noch als intakt anzusehen.

So ungefähr sähe das Bild aus, wenn in Stahlverein kaufmännisch Bilanz gemacht werden würde. Sicher ist der anfangs zitierte Kurs von 10 Proz. für die Stahlvereinsaktie zu niedrig. Aber dürfte er viel mehr als das Doppelte notieren? Diese Dinge, wenn sie auch nur hypothetisch berechnet werden können, müssen heute festgestellt werden. Es sieht nämlich so aus, als ob der Stahlverein mit seiner Bilanz für 1930/31 ein politisches Geschäft in der Kartellfrage machen möchte.

Als Beweis für die öffentliche Verschwendung in Deutschland werden die erhöhten Ziffern der kürzlich veröffentlichten Auslandsverschuldungsstatistik der Reichsbank herangezogen. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ weist aber — dennoch stellt sie sich ahnungslos gegenüber ihren Lesern —, daß der größere Teil der neu festgestellten Auslandsverschuldung auf der einen Seite Forderungen deutscher Unternehmungen im Ausland sind, also größtenteils aus Deutschland verdientes Kapital, auf der anderen Seite ausschließlich Schulden privater, nicht aber öffentlicher Unternehmungen. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ betruft sich ferner auf Feststellungen der amerikanischen Zeitschrift „Iron Age“ vom Juli d. J. Sie verschweigt aber, daß das eine Zeitschrift der amerikanischen Schwerindustrie ist und verschweigt ferner, daß die dort getroffene Feststellung, Deutschland müsse seinen Sozialismus abschwören, überhaupt mit sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Politik nichts zu tun haben kann; denn in Amerika versteht man unter Sozialismus — und das sagt die Zeitschrift ausdrücklich selbst — nur die Tatsache, daß es in Deutschland für Gas, Elektrizität und Wasser öffentliche Betriebe gibt.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ ist also nur bemüht, nachdem sie zugunsten von Herrn Thyssen sachlich nicht ein Sterbenswörtchen zu sagen weiß, gegenüber ihren Lesern das Gesicht zu wahren, da sie sonst ihre Blamage und Herrn Thyssens unqualifizierbares Verhalten zugeföhren müßte.

### „Nachkriegskapitalismus.“ Eine wertvolle Jubiläumsschrift der „Frankfurter Zeitung“

Anläßlich des 75jährigen Bestehens der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht ihre Handelsredaktion eine Gemeinschaftsarbeit „Nachkriegskapitalismus“, die das Interesse auch derer beanspruchen darf, die wirtschaftspolitisch in vielen Dingen anderer Meinung sind als die Bearbeiter.

Diese grundsätzlich den Kapitalismus bejahende Arbeit scheint sich nicht, die Sünden der Kapitalisten schonungslos aufzuzeigen, mögen sie sie einzeln (Lohensens) oder in Gruppen (Kartelle) begangen haben. Hier wird nicht geurteilt, wie sehr der Einfluß der Interessen auf die Wirtschaftspolitik (Subventionen, Schutzzölle), wie die rigore ausgeübte Macht der monopolistischen Kartelle, wie der unsinnig übertriebene Autarkiegedanke zur Verschärfung der deutschen Krise beigetragen haben.

Trotz der Knappheit der Darstellung kommen alle Fragen, die in der Nachkriegszeit für die wirtschaftliche Entwicklung von Bedeutung waren — Rationalisierung, die Rolle der öffentlichen Hand, die Kapitalflucht usw. — zu ihrem Recht. Das Bestreben, die fortlaufende Darstellung durch Bezugnahme auf aktuelle Fragen zu beleben, wird aufs glücklichste unterstützt dadurch, daß neben dem Text eine geschickte Auswahl von Zitaten und umfangreiches Zahlenmaterial angefohrt ist.

### Fort mit den Zementkartellen!

Ihre Existenz ist wirtschaftlich sinnlos.

Wie in den letzten drei Jahren beginnt jetzt wieder in Westdeutschland ein Kampf um die Verlängerung des westdeutschen Zementkartells, das seit 1928 nützlich von Provisorium zu Provisorium durchgeschleppt worden ist. Natürlich hat die in den drei großen deutschen Syndikaten zusammengeschlossene Zementindustrie ein brennendes Interesse daran, eine Sprengung des westdeutschen Kartells zu verhindern, denn mit dem Aufheben dieses Syndikates wäre zwangsläufig das Ende des süddeutschen und norddeutschen Zementkartells gegeben.

Diesem Interesse der Zementindustrie, die Kartelle zu erhalten, steht aber das gesamtwirtschaftliche Interesse schro entgegen. Die Zementkartelle haben in der Ausübung ihrer wirtschaftlichen Funktionen in den letzten fünf Jahren auf der ganzen Linie versagt. Von einer Regulierung der Produktion war keine Rede. Im Gegenteil, die ausbeuterische Preispolitik der Syndikate hat die Wirtschaft, in erster Linie die großen Konzerne, zu einer sinnlosen Verschwendungspolitik und planlosen Beruhschbauten veranlaßt, obwohl auch in den goldenen Jahren der Hochkonjunktur die Betriebe nur zu 60 Proz. ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt waren. Jetzt sind die Werke nur noch zu 30 Proz. ausgenutzt, aber von Kampfpreisen gegen die Außenwelt abgesehen, waren die Kartelle erst durch staatlichen Druck zu spürbaren Preisregelungen zu bewegen. Die Zementkartelle, deren Preispolitik die Krise auf dem Baumarkt verschärft und die Kapitalfluchtungen ungemein gefördert hat, können in der gegenwärtigen Situation nur dem Sinn haben, dem Zementkapital Preise zu erhalten, die ebenso sinnlos wie volkswirtschaftlich gefährlich sind.

### Konkurse und Zusammenbrüche.

Starkes Anwachsen im Oktober.

Die Auswirkungen der Kreditkrise vom Sommer treten erst nach und nach in ihrer ganzen Schwere in Erscheinung. Schon im September war gegenüber dem August ein beträchtliches Ansteigen der Insolvenzen von 1642 auf 2018 zu verzeichnen. Im Oktober hat sich diese Zahl auf insgesamt 2445 Insolvenzen erhöht. Hiervon entfallen 1435 Zusammenbrüche auf Konkurse, nicht eingerechnet diejenigen, die mangels Masse, abgelehnt wurden, und 1010 eröffnete Vergleichsverfahren.

### Mittlere Unternehmen sanieren.

Wann werden die Großkonzerne folgen?

Verschiedene mittlere Industrieunternehmen, die jetzt erst mit ihrer Bilanz für 1930 herausgefunden sind, haben ihre Abschlüsse vorsorglich auf die durch die Krise völlig veränderten wirtschaftlichen Bewertungen umgestellt. Diese Art Bilanzpolitik ist im Interesse einer schnellen und gründlichen Bereinigung der Unternehmen nur zu billigen.

So hat die Maschinenfabrik R. Frister & Co. in Oberhonne-mede, die in den beiden vorhergehenden Jahren noch je 7 Proz. Dividende verteilte, ihre Abschreibungen für 1930 gegenüber dem Vorjahr von 475 000 auf 3,33 Millionen Mark heraufgesetzt, so daß der Jahresabschluss einen Verlust von rund 3 Millionen ergibt. Wie der Vorsitzende der Verwaltung erklärte, ist dieser Verlust nur zum geringsten Teil als Betriebserlust anzusehen. Obwohl bei einem Kapital von sechs Millionen Mark Vorjahr bis September 1931 bereits mehr als 6,6 Millionen Mark Vorjahr erzielt waren, hat sich die Verwaltung mit Rücksicht auf die gegenwärtige Wirtschaftslage zu den hohen Sonderabschreibungen veranlaßt gesehen, um die erfolgten Wertveränderungen auszugleichen. Ueber weitere Sanierungsmaßnahmen wie Abschreibung des Aktienkapitals werden noch Beschlüsse gefaßt.

Auch die Chemische Werke A. G. Brachues weist infolge hoher Sonderabschreibungen auf Beteiligungen trotz

**Zur Haarpflege nur Spezial-Mittel!** Eine Mißhandlung Ihres lebenden zarten Haars ist es, zu seiner Pflege Reinigungsmittel zu verwenden, die für diese Gegenstände bestimmt sind. Denn es fehlen die kosmetischen Zusätze, die den Aufbau des Haars fördern, seine Schönheit und vor allem Gesundheit erhalten! Also keine Experimente — dazu ist Ihr schönster Schmutz, das Haar, zu schade!

Schönes und gesundes Haar verbirgt Ihnen die regelmäßige Pflege mit Schwarzkopf-Extra, dem Haarglanz-Schampoo, das Ihr Haar gesund und kräftig erhält und ihm einen wunderbaren Glanz verleiht. Schwarzkopf-Extra, dem Haarglanz stets beiliegend, ist ein Spezial-Haarpflege-Mittel auf Grund 30-jähriger Erfahrung.

### Thyssens Amerikalegenden.

Die Schwerindustrie schweigt zu unseren vernichtenden Feststellungen.

Am 3. Oktober hat der „Vorwärts“ in eingehender Widerlegung einer Amerikarede von Fritz Thyssen festgestellt, daß Herr Thyssen als deutscher Wirtschaftsführer in Amerika sehr schwerwiegende, erweislich unwahre Behauptungen über die politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands aufgestellt hat, die das politische Ansehen der Deutschen Republik und den wirtschaftlichen Kredit Deutschlands auf das schwerste schädigen müssen. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ und die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die wichtigsten Organe der Schwerindustriellen Politik in Deutschland, hatten die Rede im Wortlaut wiederholt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hat auf unsere Kritik, die auch im „Berliner Tageblatt“ empörte Zustimmung gefunden hat, mit keinem Wort reagiert. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ hat am 3. November zu antworten verfußt.

Die Antwort ist ein volles Eingeständnis der Unwahrhaftigkeit der amerikanischen Thyssen-Rede. Unsere Feststellung von der Unmöglichkeit der Thyssenschen Behauptung, die öffentlichen Ausgaben Deutschlands seien von 1913 bis 1930 von 7,5 auf 30 Milliarden Mark gestiegen und daß diese Steigerung die Folge der legalisierten sozialen Revolution seit 1918 sei, wird nicht bestritten. Es wird nicht bestritten, daß höchstens 1 Milliarde Mark den politischen Strukturveränderungen seit 1918 zu Lasten geschrieben werden könnte. Die „Bergwerkszeitung“ kann nicht widerlegen, daß Thyssens Behauptung von der sechs mal so großen Steuer- und Sozialbelastung der Vereinigten Stahlwerke eine Irrführung der amerikanischen Öffentlichkeit ist und daß beispielsweise die United Steel Corp., der größte amerikanische Stahlruß, höhere Lohnkosten und Steuerlasten hat als der Deutsche Stahlverein. Drittens wagt die „Deutsche Bergwerkszeitung“ auch keinen Versuch der Entkräftung unseres Nachweises, daß die Ungenauigkeit der Vereinigten Stahlwerte ausschließlich auf Fehdispositionen des deutschen Stahlvereins zurückzuführen ist und mit der Politik der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie nichts zu tun hat. In der Sache müßte die „Deutsche Bergwerkszeitung“ Herrn Thyssen also preisgeben.

Dafür werden freilich Ausflüchte gesucht. Die Art der Ausflüchte läßt sich mit einem parlamentarischen Ausdruck kaum kennzeichnen.

# Gesetzliches Höchstgewicht

ist 1250 Gramm für 1000 3 1/3 Pfg. Zigaretten.

Diese obere Gewichts-Grenze erreicht **CLUB**

Das ist das eine Merkmal und das andere: **CLUB**

schmeckt ganz wunderbar und — — kratzt nicht.











# Der Skandal von Halle.

Schluß mit dem Radaustudententum!

Aus Kreisen der Sozialistischen Studentenschaft wird uns geschrieben:

Deutschland ist um einen Universtitätskrawall reicher. Halle war die erste Universtität, wo die Rassistudenten in diesem Semester randalierten. Sie haben die Antrittsvorlesung des sozialdemokratischen Theologieprofessors Dehn gesprengt. Jeder Appell an die Vernunft, an den Anstand, an die akademische Sitte war vergeblich. Vergeblich war es auch, daß der Rektor der Universtität Halle, Professor Kubin, dem die seltene Ehre zuteil wurde, zum zweitenmal Rektor zu sein, bei der Vorlesung anwesend war. Auf dem Grazer Studententag der sogenannten Deutschen Studentenschaft war von der nationalsozialistischen Führung für dieses Semester der verschärfte Kampf gegen Preußen verkündigt worden.

Es hieße den nationalsozialistischen Hehern zuteil Ehre antun, wollte man auf den „Fall Dehn“ nochmals eingehen. Längst widerlegt ist die Lüge von der Beleidigung der Gefallenen durch Dehn. Genau wie seinerzeit in Heidelberg bei Gumbel soll jetzt wieder verhindert werden, daß in die Hochschullehrerschaft auch Republikaner und Sozialisten hineinkommen. Man versucht den Gesinnungsterror, der in einem faschistischen Hitler-Deutschland herrschen würde, vorwegzunehmen. Dehn und Gumbel sind keine Ausnahmefälle. Erinnert sei an die Demonstrationen gegen Professor Rawiastki in München im vorigen Semester und an die Pöbeleien gegen den Rektor der Technischen Hochschule Charlottenburg. Auch an der Universtität Berlin hat man sich ja im vorigen Winter nicht gescheut, die Vorlesungen des greisen Professor Herkner zu stören. Jetzt sollte eigentlich jeder Hochschullehrer erkennen, wie die Befreiheit im Dritten Reich aussehen wird. Kürzlich hat sich der „Weimarer Kreis“ republikanischer Hochschullehrer konstituiert, der unter Führung von Professor Kahl und Geheimrat Meinecke steht. Diese republikanischen Professoren, die republikanischen Studenten und alle, denen es Ernst mit der Befreiheit an den Hochschulen ist, müssen sich zusammensuchen zu gemeinsamer Abwehr gegen die Krawallstudenten. Der Kampf gegen Dehn muß der einzige bleiben. Die überwältigende Mehrheit der Studenten will arbeiten und studieren! Sie wird sich gegen alle die Geltung zu verschaffen wissen, die sie daran zu hindern suchen.

Vom Ministerium und den Hochschulbehörden muß erwartet werden, daß sie die Autorität der Hochschule und des Staates mit allen Mitteln wahren. Es handelt sich bei allen Krawallen nicht um „Empörungsausbrüche der deutschen Jugend“. Die „Empörung“ ist vorher angekündigt worden, ihr Verlauf wird von der Zentrale der „Deutschen Studentenschaft“ und des Nationalsozialistischen Studentebundes geregelt. Daher muß jede Rücksichtnahme auf die Radaustudenten aufhören. Man schließe jeden, der sich an den Krawallen beteiligt von den Vergünstigungen, wie Stipendien, Darlehen und Gebührenfreiheit aus. Die Steuergelder des Volkes sind zu schade, um Hitler-Jünglingen ihr „Studium“ zu ermöglichen!

## Der Deutsche Studentenverband rückt ab.

Auf Grund der Vorfälle während der ersten Vorlesung Professor D. Dehns richtet der Deutsche Studentenverband folgenden offenen Brief an den Rektor der hallischen Universtität: **Cure Magnifizenz!** Die im Deutschen Studentenverband zusammengeschlossenen Organisationen an der Universtität Halle lehnen es ab, mit der politischen Haltung Prof. Dehns identifiziert zu werden. Aus diesem Grunde hat es der DStB bisher vermieden, zum „Fall Dehn“ Stellung zu nehmen. Die beschämende Tatsache jedoch, daß in einer der akademischen Jugend unwürdigen Weise am Dienstag, dem 3. November 1931, nachmittags, alle Vorlesungen im Hauptgebäude unmöglich gemacht wurden, die beschämende Tatsache, daß Cure Magnifizenz und Prof. Dehn unter Polizeischutz den Hörsaal verlassen mußten, zwingen den DStB, aufs entschiedenste von dieser Art der Austragung weltanschaulicher Gegensätze abzurücken. Der DStB hofft, daß Rektor und Senat ihre bisherige Einstellung beibehalten und durch scharfe Maßnahmen der arbeitswilligen Mehrheit der Studentenschaft einen ordnungsmäßigen Verlauf des Studiums gewährleisten.

## Die zweite Vorlesung von Professor Dehn.

Halle a. d. Saale, 4. November.

Die zweite Vorlesung des Prof. Dehn litt wiederum unter Störungsvorwürfen seiner Gegner. Trotz schärfster Kontrolle war es außer den mit Sonderausweisen Dehns versehenen Hörern vierzig weiteren Studenten gelungen, in den Hörsaal zu gelangen. Zweimal versucht Prof. Böhm, der bei der Studentenschaft besonderes Ansehen genießt, auf die Opponenten beruhigend und auflösend einzuwirken. Er erbat sich, der Opposition in einem benachbarten Hörsaal ein geschichtlich getreues Bild aller Tatsachen zu erstatten und insbesondere auch die Rechtslage, wie sie für Rektor und Senat in Frage kämen, darzustellen.

Während Böhm noch sprach, betrat Professor Dehn mit dem Rektor den Hörsaal. Der Rektor erklärte unter Fühlscharen der Hörer: Am Dienstag habe er eine Lammungsgebild bewiesen und die Studenten vor sehr schweren Dingen bewahrt. Jetzt aber würden die unrechtmäßig Anwesenden festgestellt und unaufschieblich vor das Disziplinargericht gestellt werden, wobei es keineswegs beim Verweis von der Hochschule bleiben werde. Daraus erhob sich ein Student und erklärte: Wir folgen für heute dem Rat Prof. Böhmers und gehen zu ihm hinüber, um seine Vorlesungen anzuhören. Der Kampf aber wird fortgesetzt! Als die Opposition den Saal verlassen hatte, konnte Dehn sein Kolleg ohne Störungen halten.

Nach Schluß der Vorlesung erschien abermals der Rektor und teilte mit, die nächste Umgebung der Universtität sei zwar geräumt, es sei aber mit Angriffen der äußerst erregten Menge auf der Straße zu rechnen. Man möge daher die Universtität durch einen Nebenweg verlassen. Dr. Dehn verließ das Universtitätsgebäude im Kraftwagen unter polizeilicher Bedeckung. Zu Befästigungen Dehns oder seiner Kollegteilnehmer ist es nicht gekommen. Gegen 22.30 Uhr war die Ruhe in der Stadt im allgemeinen wieder hergestellt.

Macdonald in Loffmouth. Macdonald wurde bei seiner Ankunft in Loffmouth, wohin er sich einige Tage zur Erholung begeben hat, ein begeisterter Empfang zuteil. Die ganze Stadt war besetzt, alle Schulen hatten frei bekommen, und die Wäden waren geschlossen. Der Wagen Macdonalds wurde von Fischerfrauen, Männern und Schulkindern durch die Stadt gezogen. In seiner Antwort auf eine Begrüßungsrede des Bürgermeisters, der ihn zu dem Wahlerfolg der Nationalregierung beglückwünschte, jagte Macdonald, daß von Tag zu Tag und Woche zu Woche die Probleme schwieriger würden und daher die eigentliche Arbeit der neuen Regierung erst beginne.

# Universtität Halle.



Wie eine Pflanzstätte deutscher Geistesarbeit im Jahre 1931 ausschaut.

# Noch keine deutschen Vorschläge.

Die Unterredung Laval-Hoersch rein informativ.

Paris, 4. November. (Eigenbericht.)

Die Meldungen, die in der französischen Presse, vor allem im „Matin“ und im „Echo de Paris“ über den Besuch des Botschafters von Hoersch bei Laval veröffentlicht wurden, sind nach zuverlässigen Informationen zum großen Teil unzutreffend, da sie von ganz irrigen Voraussetzungen ausgehen.

Zunächst sei festgestellt, daß die Unterredung auf ein Gespräch zurückgeht, das Laval vor seiner Abreise nach Amerika dem Botschafter von Hoersch und in Washington dem Botschafter von Britton gegeben hatte. Die Unterredung, in der der Botschafter zu den Erklärungen Laval's keine Stellung genommen und noch weniger dem Ministerpräsidenten irgendwelche deutschen Vorschläge unterbreitet hat, trug

rein informativem Charakter.

Der Botschafter hat dem Ministerpräsidenten auch hinsichtlich der kurzfristigen Kredite keinen Plan unterbreitet, weil die Reichsregierung diese Frage als ein Frankreich wenig interessierendes Problem ansieht. Die Beteiligung Frankreichs an dem Stillhalteabkommen bedauert sich auf nur etwa 30 Millionen Mark. Damit können die Behauptungen der französischen Blätter, daß Frankreich erst über die Regierungen der USA und nur im Notfall über die Bräutigamschulden verhandeln wolle, und daß Deutschland etwa Kredite von der Bank von Frankreich oder eine Anleihe zur Rückzahlung der Kredite wünscht, als erledigt gelten.

Was die Reparationsfrage anbelangt, so hat der Ministerpräsident dem Botschafter die genaue Bedeutung der auf

diese Frage bezüglichen Stelle des Washingtoner Kommuniqués auseinandergesetzt und erklärt. Hoover und er seien zu der Ansicht gelangt, daß eine Verlängerung des Hoover-Memoriums unter den gegenwärtigen Umständen für Deutschland keine Erleichterung bringen würde. Sie seien deshalb dahin übereingekommen, daß die gegenwärtige Krise

nur durch eine neue Vereinbarung über die Regierungsschulden

überwunden werden könne. Das beste Mittel dazu sei die im Young-Plan vorgesehene Einberufung des Sachverständigenausschusses, dessen Bericht über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands die Basis für die weiteren Beschlüsse, die von einer internationalen Konferenz zu fassen seien, schaffen würde.

Der Botschafter hat auch dazu noch keine Stellung genommen, aber es wird hier angenommen, daß sich die Reichsregierung der Einberufung dieses Ausschusses nicht widersetzen wird. Sie rechne damit, so argumentiert man hier, daß auf Grund der Feststellungen dieses Ausschusses die internationale Gläubigerkonferenz eine wesentliche Herabsetzung der deutschen Zahlungen beschließen wird, zumal Laval weitgehendes Verständnis für die schwierige Lage Deutschlands gezeigt haben soll. Wenn diese optimistische Auffassung zutrifft, so ist auch die Meinung der französischen Zeitungen hinlänglich, daß eine Herabsetzung der deutschen Zahlungen nur in dem Maße in Frage kommt, in dem der amerikanische Kongress eventuell eine Ermäßigung der interalliierten Schulden beschließt, d. h., daß Deutschland die ungeführten Zahlungen in vollem Umfange weiterzahlen soll.

# Der faschistische Bankkrach.

Die Sanierung der Banca Commerciale. — Faschistische Wirtschaft nur noch auf papierenen Garantien.

Unsere gestern ausgesprochene Vermutung, daß die Banca Commerciale Italiana-Mailand, die größte Bank Italiens und das repräsentative Institut des faschistischen Wirtschaftssystems, saniert werden mußte, bestätigt sich. Die italienischen Zeitungen versuchen, offenbar nach einer Regierungsweisung, die ungeheuerliche Bedeutung des Ereignisses zu vertuschen und in eine große faschistische Regierungsleistung umzubiegen.

Es ergibt sich aber der Tatbestand, daß die Banca Commerciale viele Milliarden Lire in Krediten an italienische Großkonzerne und Aktienpakete dieser Konzerne investiert hat, die eingestoren sind und die Bank bewegungsunfähig gemacht haben. Um die Offenbarung der Bewegungsfähigkeit der Banca Commerciale zu verhindern,

muß die Bank für nicht weniger als 3 Milliarden Lire Industriekette verkaufen.

Die Banca Commerciale erhält dafür Schuldverschreibungen, mit denen sie dadurch ihre Lage verbessern kann, daß für diese Schuldverschreibungen die Garantie der italienischen Regierung und wahrscheinlich auch die finanzielle Stützungsbereitschaft der italienischen Notenbank zur Verfügung gestellt wird; das erleichtert die Mobilisierbarkeit der Schuldverschreibungen für die Banca Commerciale. Daß als Aktionäre der neugegründeten Bank, die die Aktien der Banca Commerciale übernimmt, die italienischen Großkonzerne auftreten, geschieht offenbar nur der Form halber und um der Öffentlichkeit gegenüber die Scheinbare Stärke der Großkonzerne zu betonen. Es wird also mit künstlichen Mitteln sowohl die Liquidität der Banca Commerciale als auch die finanzielle Kraft der italienischen Großkonzerne hinaufkonzentriert.

Auf deutsche Verhältnisse angewandt, ergäbe sich vergleichsweise folgendes Bild: Man würde den Berliner Großbanken sämtliche industriellen Aktienpakete abnehmen, auf denen heute große Verluste ruhen und würde diese Aktienpakete ohne Verlust für die Großbanken in eine Gesellschaft einbringen, für deren Verpflichtungen Reichsregierung und Reichsbank die Garantie

übernehmen und deren Aktionäre die Schuldner der Berliner Großbanken sind.

Aus den Zusammenhängen ist unverkennbar, daß das faschistische Banken- und Wirtschaftssystem in Italien, das auf das engste mit der faschistischen Regierungspolitik verbunden ist, sich gegenwärtig in einer geradezu lebensgefährlichen Lage befindet. Um die Bedrohlichkeit der Lage nicht erkennen zu lassen, häuften der italienische Staat Schuldgarantien auf Schuldgarantien. Das faschistische Wirtschafts- und Regierungssystem beruht auf diese Weise immer weniger auf realem Vermögen und realer Kraft und immer mehr auf papierenen Zahlungs- und Garantienversprechungen des Staates und der italienischen Nationalbank, die nur deshalb die Währung noch nicht gefährdet haben, weil die Verpflichtungen in Anleiheform geteilt sind.

## Auf dem Rückzug.

Der Führer der radikalen Nazis.

Die Bundesleitung des Reichsbanners teilt uns mit:

Im Laufe der Erörterungen über die Zulassung ausländischer Mittel an pazifistische Kreise hatte sich auch die Bundeszeitung „Das Reichsbanner“ kritisch ablehnend über die Personenkreise um „Das andere Deutschland“ geäußert.

Der geschäftsführende Vorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft, Rüstler, wickelt eine Klage gegen „Das Reichsbanner“ aus. Überschüttete dafür aber den Schriftleiter der „Reichsbanner-Zeitung“, Major a. D. R. Marx, mit schwer beleidigenden Behauptungen, die sowohl in der deutschen, wie teilweise auch in der französischen nationalsozialistischen Presse („L'Ordre“) Beachtung fanden. Rüstler war deswegen vom Amtsgericht München zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

Die Beruhigungsvorhandlung ist nunmehr mit einem von Rüstler angebotenen Vergleich abgeschlossen worden, in dem Rüstler die völlige Unrichtigkeit seiner Behauptungen anerkennt und die Kosten einschließlich der Veröffentlichung des Vergleichs in der Bundeszeitung „Das Reichsbanner“ und im „Anderen Deutschland“ übernimmt.

